

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

10 Pfennig

Donnerstag

13. August 1925

Verlag und Anzeigenabteilung: Gesellschaft 9-5 Uhr
Verleger: Dörmers-Verlag GmbH, Berlin SW. 66, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Maschinenstürmer in China.

Ein Blutbad in Tsingtau.

Tientsin, 13. August. (Reuter.) Kurze Zeit, nachdem gestern abend der verstärkte Polizeischutz der Baumwollspinnereien zurückgezogen war, führten die Ausländer die Spinnereien und zerstörten die Maschinen. Den Streikenden hatten sich Bauern und Landarbeiter aus den umliegenden Dörfern angeschlossen. Die schwache in den Spinnereien zurückgelassene Polizeiwache war der anstürmenden, aufgeregten Menge nicht gewachsen. Der Schaden, der allein einer der Spinnereien durch Beschädigungen der Maschinen entstanden ist, wird auf 1 Million Dollar geschätzt. Als die neuen Anruhen dem chinesischen Gouverneur bekannt wurden, sandte er sofort eine starke Abteilung Polizei und Truppen ab, um die Aufwühler zu zerstreuen. Heute früh umzingelten etwa 800 Polizeibeamte und Soldaten das Fabrikkomplex. Sie wurden von der auf 10 000 geschätzten Menge mit einem Hagel von Steinen empfangen. Die Truppen versuchten, die Führer der Streikenden zu verhaften, es wurde ihnen jedoch starker Widerstand geleistet. Die Lage der Wachmannschaften wurde so kritisch, daß sie gezwungen waren, sich mit den Gewehrkolben zu verteidigen und schließlich in die Menge zu feuern.

Unbeschreibliche Szenen spielten sich dann ab. Die vordersten Reihen der Streikenden sahen keine Möglichkeit des Entkommens und kämpften mit den Nachdrängenden, um sich zu retten. Viele der Flüchtenden sprangen in den Aachhof, um dem Geschloßhagel zu entkommen, und vermutlich sind viele ertrunken. Die Gesamtzahl der Getöteten wird auf 88 geschätzt. Polizeimannschaften wurden nicht getötet, jedoch mehrere schwer verwundet. Später wurden 376 Streikende verhaftet und unter starker Bedeckung in das Regierungsgebäude abgeführt. Die Polizei hat sämtliche Bureaus der Gewerkschaften in der chinesischen Stadt geschlossen und viele Gewerkschaftsbeamte verhaftet. Alle Versammlungen der Studenten sind verboten worden.

Der Sturm auf die Maschinen in Tsingtau hat seine Vorbilder in den Verzweiflungsausbrüchen des europäischen Proletariats, das in verschiedenen Ländern und Orten, bevor es in sozialistische Erziehung einbezogen wurde, an den Maschinen das Elend zu rächen glaubte, das der Kapitalismus ihm gebracht hatte. Opfer sind damals in Europa gefallen wie jetzt in China.

Der Streik in Shanghai beigelegt.

Schanghai, 13. August. (B.T.B.) Gestern ist ein Abkommen über die Beilegung des Streiks in den japanischen Baumwollspinnereien zustande gekommen. Von diesem Abkommen werden 40 Spinnereien mit 50 000 Arbeitern berührt. Die Arbeit wird in den meisten Betrieben ununterbrochen wieder aufgenommen.

Kein diktiertter Sicherheitspakt.

Das Ergebnis der Besprechung Briand-Chamberlain.

Paris, 13. August. (B.T.B.) Der Londoner Korrespondent der Agentur Havas meldet offiziell: Die vorgesehene zwei Tage sind mehr als ausreichend gewesen, denn nach nur drei Besprechungen ist das Ziel, das sich Briand gesteckt hatte, vollkommen erreicht worden, und zwar in einer Weise, die den beiden Parteien Befriedigung gibt. Man wollte sich verständigen über die Deutschland zu erteilende Antwort auf seine Note zur Sicherheitsfrage vom 20. Juli. Diese Verständigung ist schon in der ersten Besprechung am Dienstag erzielt worden. Bei dieser Gelegenheit haben die beiden Außenminister nebenher noch die Eventualitäten diskutiert, die sich ergeben könnten, wenn Deutschland mit den Alliierten den Pakt abschließen wolle (was es von Anfang an erklärt hat). Es handelte sich darum, die Grundzüge für eine eventuelle Diskussion zu schaffen, oder wohlverstanden eine Grundzüge, die noch abgeändert werden kann, weil eine der abschließenden Parteien noch nicht befragt wurde und weil außerdem Belgien und Italien noch keine offiziellen Mitteilungen von dem Meinungsaustausch in London erhalten haben.

Es wäre unrichtig, zu behaupten, daß man in London einen Paktentwurf vorbereitet habe in der Absicht, ihn Deutschland aufzuzwingen.

Die beiden Minister haben das oder ähnliches nicht versucht, und ihre gemeinsame Absicht ist, mit den Vertretern des Deutschen Reiches zu diskutieren, aber nicht sie zu zwingen, unter den voraus festgelegten Bedingungen einen Vertrauensentwurf zu unterzeichnen. Es versteht sich von selbst, daß man das Terrain für diese Diskussion vorbereitet hat, indem man Mittel ins Auge gefaßt hat, um die von den Alliierten in ihrer Note vom 16. Juni entwickelten Grundzüge zu verwickeln. Es ist ein vollkommenes Einverständnis über die Bedingungen, unter denen man die Diskussion mit Deutschland einstellen wird, erzielt worden; jetzt steht es Deutschland zu, sich den Alliierten anzuschließen. Die Note, die Deutschland dazu auffordert, ist ebenso konjunktural wie klar. Man hat weiter bereits gesagt, daß die Engländer und Franzosen die Fälle erörtern hätten, die Sanktionen nach sich ziehen könnten. Obgleich die von den Staatsmännern an den Tag gelegte Reserve nicht aufgegeben werden kann, darf man doch annehmen, daß sie sich auf die Bestimmung einer gewissen Anzahl dieser Fälle festgelegt haben. Hier Fälle sind vorgesehen, die eine direkte Intervention erlauben, ohne daß man die Angelegenheit dem Völkerbunde zu unterbreiten braucht. Es handelt sich natürlich nur um das Einschreiten gegen Akte, die den Charakter eines Casus belli (Kriegsfall) tragen. Es ist klar, daß man z. B. nicht den Wiederaufbau und die Unterhaltung von Ver- schiffungsplätzen und den Einfall in französische Ge-

biet oder die Konzentration von Truppen in einer entmilitarisierten Zone auf die gleiche Stufe stellen kann. Die Sachverständigen haben eine Formel gefunden, die darauf abzielt, die Interessen Englands als Garanten für die Rheinlandzone sicherzustellen, sowie das Weiterfunktionieren der Garantien in den Fällen, in denen Frankreich die Absicht hat, seinen östlichen Alliierten zu Hilfe zu kommen. Aber selbst wenn man voraussetzt, daß die gefundenen Lösungen die richtigen sind, so steht es doch unzweifelhaft fest, daß der Diskussionsplan über den Sicherheitspakt in gewisser Hinsicht nur eine provisorische Vorbereitung der Debatte ist, zu der man Deutschland auffordern wird, das letztere erst seine Ansicht entwickeln muß. Man kann noch nicht sagen, wann Vertreter Deutschlands mit den Alliierten zusammentreffen werden, da das von der Zeit abhängt, in der es die gestern von Briand und Chamberlain endgültig festgelegte Antwortnote beantwortet wird, die ihm in vier oder fünf Tagen zugehen werde.

Der Londoner Berichterstatter des „Morning“ meidet:

Die vier von Briand und Chamberlain festgelegten Fälle, in denen ein Eingreifen Frankreichs gestattet ist, ohne daß der Völkerbund in Erscheinung zu treten hat,

sind die folgenden: 1. ein Einfall in Frankreich, 2. eine Massenent- sendung deutscher Truppen in die entmilitarisierte Rheinlandzone, 3. eine Gruppierung deutscher Truppen in unmittelbarer Nähe der Rheinlandzone, die auf einen Einfall schließen läßt, 4. der Bau von Festungen und andere Arbeiten, die einen ausgesprochen militärischen Charakter tragen. Was weiter die östlichen Schiedsgerichtsverträge anbetrifft, so scheint man sich dahin geeinigt zu haben, daß diese Schiedsgerichtsverträge unter die gemein- same Garantie Frankreichs und des Völkerbundes gestellt werden.

Briand lobt den - Juristen Chamberlain.

In seinen Erklärungen vor Pressevertretern in London, deren Anfang wir schon im heutigen Morgenblatt wiedergaben, sagte Briand noch: „Seit Cannes bin ich überzeugt, daß Polemiken beim Führen von Verhandlungen nicht nützlich sind. Es gibt nur einen Weg, zu direkten Ergebnissen zu gelangen, und das ist die persönliche Fühlungnahme, wie sie in London stattge- funden hat. Wir haben Beweise für den Erfolg dieser Methode ge- sammelt, nicht nur heute hier in London, sondern auch schon bei früheren Gelegenheiten.“ Briand stellte dann mit, er werde, wenn er es ermöglichen könne, zehn bis zwölf Tage in Genf bleiben. Ueber Einzelheiten der Antwortnote an Deutschland etwas zu sagen, hielt Briand vor ihrer Uebersetzung in Berlin für unzu- mäßig. Schließlich wurden an Briand verschiedene Fragen gerichtet, ob noch weitere Besprechungen erfolgen würden, und die Zuhörer entnahmen seinen Äußerungen, daß

er allerdings noch weitere Zusammenkünfte für wahr- scheinlich halte, und zwar solche, an denen auch Belgien und Deutschland teilzunehmen hätten,

ehe der Sicherheitspakt wirklich ins Leben gerufen würde. Aber Besprechungen der leitenden Staatsmänner Frankreichs und Englands seien vorher nicht mehr zu erwarten. Briand rühmte noch den Wert der Aussprache mit Chamberlain als besonders groß. Juristen seien bei derartigen Dingen unschätzbar, und sie erst ermöglichten es den Staatsmännern, sich bezüglich der allgemeinen Richtlinien bloßen weniger Stunden zu einigen. „Auf Wiedersehen!“ schloß Briand, „ich bedauere sehr, die so angenehme und ergebnis- reiche Aussprache beenden zu müssen.“

Sollte das Lob des Juristen Chamberlain nicht viel- leicht etwas zu offenerzig verfallen, daß der britische Außen- minister Herrn Briand als Staatsmann weniger imponiert habe?

Es lange die französische Antwortnote nicht vorliegt, so so lange der Sicherheitspakt nicht ausgearbeitet und unterzeichnet ist, wird man nicht entscheiden können, wer in dieser Londoner Besprechung den größeren Erfolg gehabt hat und wer ihn zum Schluß haben wird. Vorläufig sind die Pariser Blätter nicht besonders optimistisch gestimmt, einige zeigen sich sogar äußerst pessimistisch. Verschiedentlich wird darauf hingewiesen, daß man nicht wisse, wie weit eine Annäherung zwischen dem französischen und dem englischen Standpunkt in der Garantiefrage der deutschen Schiedsgerichtsverträge mit Polen und der Tschchoslowakei erzielt worden sei.

Die Londoner „Times“ schreiben u. a.: Briands Besuch in London sei ein vollkommener Erfolg gewesen. Der Paktgedanke, der einzige wirklich konstruktive Gedanke, auf den die Nationen Europas jetzt ihre Hoffnungen setzen können, befindet sich wieder in voller Bewegung. Der Gedanke des Paktes - das dürfte nie vergessen werden - sei deutschen Ursprungs. Die Besprechung zwischen Cham- berlain und Briand habe es sehr deutlich gemacht, daß die dringendste praktische Aufgabe für alle Staatsmänner West- und Zentraleuropas darin besteht, diesem Gedanken praktisch Gestalt zu geben und diese besondere Gelegenheit dazu zu be- nutzen, den erschöpften Völkern zu zeigen, daß ihre Regie- rungen ihnen einen wirklichen Frieden, Vertrauen und die Sicherheit, die sie so sehr wünschen, geben können. In dieser Woche ist eine sehr saubere Arbeit geleistet worden.

Die Märzrevolution von Tirpitz.

Zur zehnjährigen Bekanntschaft von Tirpitz mit Hindenburg

Von Dr. Gertb.

„Hindenburg wäre die Rettung. Ich kenne ihn persönlich aber nur ganz oberflächlich und habe gar kein Urteil, ob er auch etwas politischen Blick hat. Er soll ein kluger und besonnener Mann sein... Wenn ich Hindenburg etwas kannte, und irgend- einen Vorwand hätte, würde ich zu ihm hin- fahren“, so schreibt Tirpitz am 26. März 1915 in seinen Kriegsbriefen. Der Wunsch nach persönlicher Bekanntschaft und Aussprache mit Hindenburg läßt Tirpitz in der Folgezeit nicht los. Am 27. Juli schreibt er Hindenburg sodann, der mitten in den schweren Offensivkämpfen des Ostens steht, von seinem Vorhaben, ihn besuchen zu wollen. Am 2. August 1915, dem Jahrestag der Mobilmachung, war bereits eine zu- sagende Drahtantwort und den Tag darauf eine „freundliche“ briefliche Einladung Hindenburgs eingetroffen. Am 13. August stehen sich dann zum ersten Male die drei Militärs gegenüber: Hindenburg, Ludendorff und Tirpitz, die sämtlich nach Ab- lauf ihres militärischen Amtes eine politische Rolle spielen sollten. Hindenburg, der jetzige Reichspräsident, Luden- dorff, der oböbliche „Politiker“ und Reichswehrminister von Gnaden Kapps und Hittlers, und schließlich Tirpitz, der einmal in Aussicht genommene Reichskanzler der Deutsch- nationalisten.

Zehn Jahre sind es also, daß Hindenburg und Tirpitz a u ch persönlich einander nähergetreten sind. Tirpitz ist in diesem Bund der bei weitem aktivere gewesen, ebenso wie es Ludendorff war in dem amtlichen Verhältnis zu dem Generalfeldmarschall. Hindenburg war mehr der geleitete, der geführte, dessen Name das hergeben sollte, was den beiden anderen an Ansehen und Wirkung bei der Durchsetzung ihrer politischen Pläne abging.

Das Verhältnis Hindenburgs zu Ludendorff ist bekannter geworden und häufiger besprochen, als das zwischen jenem und Tirpitz, das Bündnis zwischen Militär und Marine. Auch die politischen Absichten traten zwischen Hindenburg und Tirpitz deutlicher hervor, während das Zusammenarbeiten zwischen Hindenburg und Ludendorff ursprünglich und lange Zeit hindurch nur unter rein militärischen Gesichtspunkten erfolgte. Tirpitz suchte Hindenburg im Osten auf, nur zur Er- reichung gewisser politischer Ziele. Diese viel stärkere politische Note des Verhältnisses Hindenburgs zu Tirpitz verdient gerade jetzt im Zusammenhang mit der aktuellen Erörterung der Gründe des Zusammenbruchs eine besonders eingehende Beachtung.

Die Bekanntschaft von Tirpitz mit dem jetzigen Reichspräsi- denten ist die Folge von der Unzufriedenheit des Großadmi- rals mit der Obersten Heeresleitung unter Falkenhayn und der ewigen Nörgelsucht an der politischen Leitung des Reichs unter Bethmann Hollweg. Diesen Umständen gegenüber sucht Tirpitz nach einem Ausweg, nach einer Rettung vor dem „schlechten Ende“. Zum ersten Male taucht in seinen Tagebuchauf- zeichnungen der Name Hindenburgs am 25. September 1914 auf, während er den Feldherren in der Zeit von Ende August und Anfang September 1914 trotz seines großen Sieges bei Tannenberg noch nicht erwähnt. Hindenburgs Gestalt wächst nunmehr ständig vor dem phantastischen Zukunftsbild von Tirpitz. Auf der „abergläubischen Angst der Russen“ baut sich das Idealbild Hindenburgs auf, der die Hoffnung „vor allen“ ist, der Ostpreußen gerettet hat und nach Tirpitz Meinung Deutschland retten kann. Das Bild ist fertig, als Tirpitz am 23. März 1915 erklärt: „Der Kaiser müßte einmal seine Macht auf einige Zeit detachieren z. B. auf Hindenburg“ und am 29. März: „Hindenburg könnte doch nur dann nützen, wenn er alles bekäme“ und am 27. März: „Ich sehe nur ein Mittel, der Kaiser muß auf 8 Wochen oder mehr krank melden, an Stelle Bethmanns muß Hindenburg kommen und diesem alles unterstellt werden, zu- gleich Armee und Marine“. Mit kurzen Worten, Hindenburg und zwar der allmächtige Hindenburg wäre die Rettung, ein Gedankengang, dem wir auch bei dem in Un- gnade entlassenen Molke begegnen, der gleich Tirpitz gegen die Oberste Heeresleitung unter Falkenhayn ankämpft und Hindenburg den Retter nennt, erstmalig am 14. Januar 1915.

Also völlige Ausschaltung des Kaisers, zunächst gedacht in einer zeitlichen Begrenzung „auf 8 Wochen oder mehr“. Hindenburg als Nachfolger Bethmanns, aber ausgestattet mit allen Befugnissen kaiserlicher Macht. Zwei Kernte in einer Person. Ob diese Zeitgrenze aber von dem „allmächtigen“ Hindenburg eingehalten worden wäre, ob nicht nach Amts- ablauf des einen Kaisers eben eine andere Gruppe, etwa von Gegnern von Tirpitz, ebenfalls das Experiment eines zeit- lich befristeten Diktators versucht hätte, wollen wir dahinge- stellt sein lassen. Sowie steht fest: Die Gedanken von Tirpitz stellen einen schweren Angriff auf die kaiserliche Gewalt dar, sind gleichsam ein erster Argzueh auf dem Untergrund der Bis- marckschen Reichsgründung. Und das war doch die monar- chische Gewalt, die Krone. Nach Bismarcks Absichten war sie die oberste und mächtigste Spitze im Reich und in Preußen, die niemals ausgeschaltet, höchstens durch Verweigerung der ministeriellen Gegenzeichnung in die Defensivse gedrängt werden konnte. Aber selbst einem Bismarck ist das nicht gelungen; er hat keinen Staatsstreich unternommen, als er 1890 schroff entlassen wurde. Der preussische Staat baute sich pyramiden- haft aufsteigend, zuspitzend und verengend auf; die Krone stand, alles überragend, mitten zwischen der obersten politischen

und militärischen Stellung. In diese Epoche legte Tirpitz die kritische Sonde an, dachte an Wechsel und Erfolg, an stärkere Macht, wo nur Schwäche war, und spann somit Gedanken wie sie nur als Staatsstreich und als Revolution angesprochen werden können, nicht von oben, sondern von unten also mit der gleichen Richtung wie im November 1918. Tirpitz verlor seine Gedanken nicht in sich, er hatte Mitverschworene: Generaloberst von Kessel, die Admirale Müller und Bachmann, schließlich Hindenburg und Ludendorff. Der Kaiser soll zunächst auf Urlaub geschickt werden, entweder mit monarchischer Unterstützung des Königs von Bayern oder mit Hilfe seiner Frau, der Kaiserin, oder durch ärztliche Anordnung. Der König von Bayern sollte dem Kaiser zureden, "sich auf einige Zeit krank zu melden". Wie sein Vorfahre äußerlich die Anregung zur Kaiserkrönung gegeben hatte, so sollte er zur vorübergehenden Befestigung die Hand bieten. Hindenburg soll dann alles bekommen. All diese Gedanken und Pläne wurden im großen Hauptquartier geschmiedet, in der unmittelbaren Nähe des Kaisers. Ist das Ganze nicht vielmehr ein Dolchstoß als was von den Rechtsparteien als solcher aufgefaßt wird?

Und nun das Ergebnis der Aussprache in Köthen am 13. August 1915:

„Lange Unterhaltung mit Ludendorff und Hindenburg. Vollständiges Einverständnis über die Gesamtlage. Hindenburg sieht keine Aussicht, die Lage in der Umgebung des Kaisers zu ändern, die Studmasse wäre unüberwindlich. Ich habe frisch von der Leber weg geredet und er und Ludendorff ebenso“... gesteht Tirpitz freimütig in seinem gleichzeitigen Kriegsbrief.

Ihren Ausgang nahm die ganze Vasastrategie im Kopfe von Tirpitz und nach der Zeit ihrer Entstehung (März 1915) könnte man sie mit Recht den Versuch zu einer Märzrevolution nennen, wenn er auch in den ersten Keimen stecken blieb.

Während des Krieges gelang diese revolutionäre Bühlarbeit Tirpitz nicht. Um so eifriger versuchte er es, seinen Plan in der Nachkriegszeit zur Ausführung zu bringen, als die Präsidentschaft Eberts 1922 erneut verlängert werden mußte. Schließlich im März und April 1925 war Tirpitz hauptsächlich der Anreger und Betreiber der Kandidatur des jetzigen Reichspräsidenten. Wie 1915, reiste er auch 1925 zu dem Feldmarschall, um ihn für seine Pläne zu gewinnen.

Die gegenseitige Verschwörung im unmittelbaren Lager des Kaisers verdient besondere Beachtung. Wenn seine Umgehung schon unzufrieden mit Wilhelm II. war, wie sollte das nicht in verstärktem Maße das deutsche Volk, das Last und Leid des Krieges auf seinen Schultern schwerstens führte. Unter den Ursachen des Zusammenbruchs spielte die Märzrevolution Tirpitzens eine gleiche Rolle wie die Gründung der Vaterlandspartei, die Verweigerung einer Wahlrechtsreform. Alles ebnete den Weg zum „schrecklichen Ende“.

Mißstimmung im Zentrum.

Als Folge der Zollverhandlungen.

Die Anwendung der Geschäftsordnungsquelllinie, um die ganze Zollvorlage in einem Beschluß erledigen zu können, ist zwar von dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, Ab. Fehrenbach, begründet und verteidigt worden, aber trotzdem ist dem Zentrum nicht ganz wohl bei dieser Ausschaltung der Opposition. Schon deshalb nicht, weil diese Bergemaligung einer Minderheit ein sehr böses Beispiel für spätere Wehrheiten geben kann, weil man sich immer wieder auf den Vorgang berufen wollen und weil infolgedessen jede Minderheit in Zukunft jeder Bergemaligung ausgelehrt ist, wenn und so lange eine von Deutschnationalen geführte Mehrheit im Reichstag am Werke ist.

Die augenscheinlich in weiten Zentrumskreisen vorhandene Mißstimmung gegen den derzeitigen Parlamentsbetrieb und gegen die eigene Fraktion kommt in dem Rückblick der „Ger-

mania“ auf die Reichstagsverhandlungen sehr deutlich zum Ausdruck:

„Im Bewußtsein unserer Wähler gelten vielfach die Deutschnationalen als die Vertreter eines rücksichtslosen Herrenstandpunktes, die gern das Rad der Entwicklung wieder zurückdrehen möchten. Das zwingt die Zentrumspartei zur äußersten Wachsamkeit. Wir müssen in dieser nach rechts gerichteten Regierung den sozialpolitischen Vorposten bilden und dafür sorgen, daß diese Reichstagsmehrheit nicht etwa als Kammblod gegen die Verfassung benutzt werde. Die Partei kann auch nicht duden, daß rechtserhaltende Heißsporne bewußt darauf hinarbeiten, die Spannung nach der anderen Seite zu erhöhen, daß die Arbeitsgemeinschaft nach rechts eine betonte Kampfstellung gegen links erhalte. Aus zahlreichen Zuschriften, die uns in diesen Tagen zugehen, sehen wir in unserer Wählerschaft die Befürchtung wachsen, das Zentrum könne unbewußt der Rechten den Steigbügel halten. Können, so lesen wir in diesen Schreiben, die Deutschnationalen die Republik nicht zerstören, so wollen sie sie erobern, um sie ganz beherrschen zu können. Das Zentrum wird ein wahres Auges darauf haben müssen, daß es nicht Deutschnationalen hintergedanken den Weg freimacht, daß die mit Wahlversprechungen vollgepackte deutschnationale Anhängerschaft nicht den Weg zum Herzen des Staates über den Rücken des Zentrums antritt.“

Die „Germania“ erklärt auch ganz offen, daß sie den Antrag der Regierungsparteien, über alle Anträge der Opposition zur Tagesordnung überzugehen, durchaus mißbilligt. Vor allem hätte sie nicht gern die Begründung dafür gerade aus dem Munde eines Zentrumsführers gehört. Das Zentrum hätte vielmehr die Verfechtung solcher Maßnahmen denen überlassen sollen, die sie ausgehend hatten!

Sogar aus der Reichstagsfraktion des Zentrums selbst schlägt der Unwille über die den Deutschnationalen geleisteten Trabanten Dienste in die Öffentlichkeit. In einer Zuschrift „aus den Kreisen der Zentrumsfraktion“ an die „Germania“ heißt es:

„Über mißlich ist es doch, daß Parteien, die von dem anerkannten Rechte der Opposition in parlamentarischen Formen Gebrauch machen, sich durch das Verhalten der Mehrheitsparteien schließlich genötigt sehen, auf die Teilnahme an allen weiteren Erörterungen über bestimmte Fragen zu verzichten. Das ist nun der Fall gewesen, nachdem die Mehrheitsparteien die von der Gegenseite gestellten mehr als hundert Anträge mit einem einzigen Antrag, nämlich dem Antrag auf Liebergang zur Tagesordnung „erledigen“ ließen. Es kann ruhig ausgesprochen werden, daß auch zahlreichen Abgeordneten, die diesen Mehrheitsparteien angehören, bei dieser Taktik keinwegs behaglich ist. Man muß auch die späteren Dinge im Auge haben, und das, was jetzt im Reichstage vorgegangen ist, kann sich einmal bitter rächen. Es ist auch die Feststellung nicht unnützlich, daß den früheren Oppositionsparteien gegenüber von der damaligen Mehrheit niemals solche Mittel in Anwendung gebracht worden sind. Es handelt sich doch auch nicht um eine beliebige Bagatelle, sondern um eine Gesetzesvorlage von der allergrößten Bedeutung. Nachdem zehn Steuergesetze in sieben Parlamentssitzungen erledigt worden sind, während man früher mindestens sieben Wochen dazu gebraucht hatte, kann man doch wirklich nicht sagen, daß eine ungerechtfertigte Opposition betrieben worden wäre. So hat auch der Zentrumsführer Fehrenbach anerkannt, daß die Opposition der Demokraten und der Sozialdemokraten nicht die sachlichen Grenzen überschritten hätte. Daß nun diese Parteien der Minderheit, die doch immerhin über 200 Stimmen verfügen, sich infolge des Beschlusses der Mehrheitsparteien, die Zollvorlage en bloc zu erledigen, und über alle Anträge der Gegenseite zur Tagesordnung überzugehen, den Entschluß faßten, an den weiteren Beratungen über die Zollfragen nicht mehr teilzunehmen, war im höchsten Grade empfindlich und kann im Interesse der kommenden innerpolitischen Entwicklung nur bedauert werden. Wir hätten es lieber gesehen, wenn die Mehrheit auf die Anwendung solcher Mittel verzichtet hätte, um nicht unnötig eine Verschärfung der Gegenläge herbeizuführen.“

Nun ist es ja nicht von erheblicher Bedeutung, wenn erst nach einer solchen Tat die Erkenntnis ihrer Tragweite Platz greift. Aber es ist doch bemerkenswert, daß wenigstens nicht alle Zentrumsangehörige sich widerspruchslos in den Pösch der konservativ-liberalen Kulturkämpfer treiben lassen wollen.

Fernwirkungen der Zölle.

Der Eindruck in Amerika.

Bis in die letzte Zeit hinein haben deutschfreundliche Amerikaner sich an der Unterstützung hilfsbedürftiger Deutscher beteiligt. Wie man in diesen Kreisen die deutsche Zollvorlage beurteilt, das zeigt ein Brief mehrerer Deutschamerikaner aus San Francisco, die schreiben:

„Da wir von der Unterstützungskommission die Mitteilung bekommen haben, daß Deutschland auf Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade, Zucker, Schmalz und Mehl einen Zoll gelegt hat, so haben wir uns entschlossen, die Sendung von Lebensmitteln nach Deutschland einzustellen. Wir hoffen, daß die Lebensbedingungen derart sind, daß Sie in Stande sein werden, das gute von Ihnen unterstützte Werk weiterhin fortzusetzen.“

So urteilt das Ausland über die Politik der deutschen Regierung! Wenn ihr schon Zölle auf Lebensmittel legt, dann ist bei euch die Kaufkraft der Bevölkerung offenbar so groß, daß es kein Geld mehr geben kann!

„Zapfenstreich“ vor Hindenburg.

Bayerische Sonderwünsche an den Reichspräsidenten.

München, die Stadt der Feme und der bayerischen Gemütlichkeit, der Bismarckbrunnen einer „nationalen Journalistik“ und der Weisheitsfülle, läßt alle Wägen springen, um dem Reichspräsidenten das „Eigenleben“ bayerischen Volkstums und bayerischer Staatlichkeit recht greifbar vor Augen zu rücken: Rathaus mit Glockenspiel, Deutsches Museum mit Oskar v. Reiser, Hofbräuhaus — und bayerischer Zapfenstreich!

Hugenberg hatte in weiser Voraussicht einen Stoßtrupp seiner Reporter mit dem „Hindenburg-Jug“ nach dem Süden entsandt, der — kaum, daß die Lokomotive sich in Bewegung gesetzt hat — von den reservierten Plätzen des Schlafwagens seine Geistesblitze in die Welt sandte: „Mit Hindenburg im D-Jug“; „Nachfahrt mit dem Reichspräsidenten“ u. a. m.

Frau Courths-Mahler würde vor Reiz zerplatzen, wenn sie die blumigen Berichte zu lesen bekäme samt ihren poetischen „Lizenz“; denn kein Mensch kann so leicht dementieren, was Hugenberg's „Sonderberichterstattung“ in die Welt hinaus tabelt.

Dem Schwerindustriellen Hugenberg kommt es darauf an, dem Reichspräsidenten, der im republikanischen Berlin so wenig Begeisterung hervorruft, wenigstens aus Bayern etwas vorzutauschen.

Man liest deshalb mit steigendem Entzücken: „Von allen Dienstgebäuden weht die antike Flagge des Reiches, das Banner der Pflicht — doch das prunkvolle, bayerische Weiß-Blau in riesigen Bannern und die mit Blut und Feuer gemeinte Bismarckstandarte sind Triumph auf den Giebeln der Bürgerhäuser. — Eine Ehrenkompanie marschiert auf. Kerle mit Häuten wie Rundreißkoffer, mit Gesichtern wie bayerische Berge, mit Herzen, die den „Bormaris“ tobend machen würden. — Als der Feldmarschall erscheint, jubelt der bayerische Präsentiermarsch wie heller Triumph in das hohe Bahnhofsgemäße. — Er (Hindenburg) nähert sich kloßes Hauptes den Staatsministern. Den Offizieren am rechten Flügel schüttelt er mit gutem Griff die Hand. Ich stand dicht vor ihm und angefüllt seiner seitlich klar blitzenden Augen überließ es mich, als stiegen die Väter empor!“

Und dann: „Am ergreifendsten war der Augenblick, als Hindenburg auf dem Marienplatz unter dem Glockengeläut des Doms und sämtlicher Kirchen mit eigener Stimme das Wort an die Menge richtete, die weithin brausend das Lied der Deutschen sang.“ Eisen und Blech sind ja verwandte Metalle — aber, gehört hat man's ja nicht, da die Menge brausend das Lied der Deutschen sang...

Helgoländer Reise.

Von Bruno Schönau.

„Wegen dem Sturm sind wir nun 8 Stunden gefahren“, das waren die enttäuschten Ausrufe eines Arbeiterjungen, als wir glücklich ausgebootet wurden. Der Dampfer trug hauptsächlich sächsische Arbeiterjugend. Wohl noch nie ist über Poseidon so die Rase gerümpelt worden. Spiegelglatt war das Meer, auf das vom blauen Himmel die Sonne niederstrahlte. Die Unendlichkeit des weiten Meeres, sie war für die meisten zu monoton. Die Eisfabrik bis Cuxhaven war noch Spannung und Erwartung, eine heroische Einstellung, Poseidon nicht zu opfern. Und nun dieses stille Meer! Umsonst warteten sie den Meergott mit einer leeren Selterwasserflasche, umsonst warteten sie, daß endlich sich ein Sturm erhöbe. Von dem Triumph, den Dampfer mit den Berliner Jungen überholt zu haben, ließ sich ja nicht ewig zehren. Auch die Ausbootung brachte keine Befriedigung der Abenteuerlust. Und Helgoland? „Weiß ist der Sand, rot ist die Wand, grün ist das Land, das sind die Farben von Helgoland.“ Das Sprüchlein kannten sie und es war für sie auch eine starke Erwartung, als die Insel in Schleier gehüllt wie ein umgekehrtes Boot auftauchte. Doch beim Näherkommen wurden sie wieder etwas enttäuscht. Die Zeit für Helgoland war leider ziemlich kurz bemessen, aber immerhin lang genug, um die rote Innozenz der beiden Dampfer auszuwickeln. Rot war die Jugend von Helgoland, die mit ihren roten und schwarzrotgoldenen Fahnen singend nach dem Oberland zog, zum großen Höhenvergnügen der meisten Kurpässe. Eilige fanden sich auch an den zur großen Freude der Helgoländer Ausbooter geprengten Resten des Hofens zusammen, um einmal in der Nordsee zu baden. Doch nicht lange — und der rote Schwarm mußte sich wieder einbooten. Die Zollfreiheit Helgolands — „welche Zigaretten welche ein Kognat“, das war nur etwas für ein paar mitleidige Tomillenväter, die am Bord als Mittel gegen die „Seekrankheit“ eine angeblichene Flasche Hebfloster. Die Jugend kam mit eingemacht Ananas, Ansichtskarten und etlichen Seesternen von dem Eisland zurück. Doch die Grundstimmung blieb bei vielen „Murks“. Die anfängliche Anst aus dem Seekranke werden verwandelt sich in ein heimliches Gebet zu Poseidon, das drastisch aber wahr „Lach doch kosen!“ hieß. Vergleiche zwischen dem Leipziger Lupoartee und der Nordsee wurden gestellt, bei dem die Nordsee schlecht wegkam, doch der Herr der Fluten blieb ruhig. Kaum daß die See sich ein wenig bewegte. „Nun fahren wir auf der Nordsee, und haben keinen Seegang. Die ganze Zeit wartet man, aber nicht einer wird seefrank — — es ist wirklich traurig!“, so entrang es sich einem jungen Leipziger. Eine der vielen nicht vorher zu erwartenden Ausrufe, das sofortige Aussprechen von allem, was sie gerade bewegt, wie es typisch für viele Sachsen ist, und neben dem Dialekt manchmal ungewollt komische Effekte hervorruft.

Die Stimmung wurde immer betrübter, jeder hätte gern selber geopfert, nur Wellen wollten sie sehen, — ja Sturzfluten. Wolken sammelten sich am Himmel. Blitze zuckten. Regentropfen fielen. Das Meer schillerte in allen Farben und wurde ein wenig bewegter. Ein verspäteter Dampfer mit mehreren Jungvögeln wurde vor Cux-

haven mit stürmischen Zurufen begrüßt und um den etwaigen Seegang beneidet. Cuxhaven kam. Leuchttürme, Feuertürme, Bösen leuchteten, blinkten, der Himmel wurde immer drabender. Blitz auf Blitz zuckte. Feuerige Schlangen, kugelige, züngelnd, sich spaltend, auf und nieder zuckend. Die beiden Ufer sind übertagell beleuchtet. Noch einmal meldet sich eine sächsische Stimme: Nun habe ich doch meine zehn Mark nicht umsonst springen lassen, das ist ja fünfzig Mark wert! Die Freude am Abenteuer, am später Erzählentönen klingt daraus. Das Unwetter steigert sich zu einem gewaltigen, hinreißenden Natur Schauspiel. Die Worte verstummen. Das sind nur noch Augen, die mehr und immer auffaugen, und Ohren, die der Rausch der fortwährenden Donnerlärm des Sturmes und niederstürzenden Regens lauschen. Der Dampfer wirft Anker. Doch da ist kaum bei einem Angst um das Leben, die heroische Freude am Erleben ist tausendfach stärker. Das Unwetter läßt etwas nach, es züngelt und kracht nicht mehr zugleich von allen Seiten um den Dampfer. Das Schiff legt seine Fahrt fort. Doch Wetterleuchten und Blitze werfen die Ufer weiter in so großes Licht, daß die Blänklücher, Leuchtfeuer und der ausgegangene Mond mitunter beinahe darin verschwinden. Eine romantische Fahrt, vorbei an den Lichtreihen des Nord-Ostsee-Kanals, vorbei an bewaldeten Ufern, an Fabriken und Anstalten, vorbei auch an hellerleuchteten großen Weltmeerdampfern und kleinen Schleppern. Einen Teil der Jugendlichen treiben Müdigkeit und Kühle in die Spritzelale, doch nach etwas Schlaf steigen die meisten wieder hinauf, eine Nacht zu sehen, deren Schönheit sich nicht mit Worten schildern läßt. Allmählich kommt Hamburg näher. Blankeneje mit seinen Hügeln und Häusern. Billenororte. Bersten mit einer stählernen Biederung, die kein Gefühl der Schwere aufkommen läßt. Trockenboden, bis der Hamburger Hafen den Dampfer aufnimmt. Und das Jungvolk geht wieder auf die Strahlen, die es drei Tage lang mit seinem irrischen Lebensmut erfüllte.

Am Anlegeplatz stehen Arbeiterjamariter, die sich nachts gern herauszoteln lassen, weil sich auf dem anderen, weniger großen Dampfer Seekranke befanden. Doch die sächsische Jugend war deshalb nicht neidisch, konnte sie doch als gemeinsames Individuum von sich ins Hochdeutsche überleitet sagen: „Wir hatten keinen“. Ganz abgesehen davon, daß sie wegen dem starken Ende, erlebnisse kaum mehr daran dachte. Schon warteten die Sonderzüge, die sie wieder nach der Heimat bringen sollten. Bald liegt Hamburg hinter ihnen, die Wahlheimat für ein paar Tage, wo sie ihre „reinsach dohlichen“, das heißt wirklich guten Quartierleitern verlassen mußten, denn das war an Bord das allgemeine Ergebnis ihres Gedankenaustausches darüber.

Die alte Generation.

Das ist es, woran dieser Abend im Renaissance-Theater scheitern mußte: daß die eine Generation im Zuschauerraum sah und auf der Bühne die andere stand. Denn was nur kaum mehr als zwei Jahrzehnten noch als dumpfe, schwere, unentrinnbare Tragik empfunden wurde, ist heute keine mehr. Es muß gesagt werden: Strindbergs Dramen sind überlebt, und sollte eins aber das andere eine Ausnahme machen, so zählt der „Totentanz“ gewiß nicht dazu. Menschen in einer engen, ganz engen Welt, die sie sich

selbst geschaffen haben und an der sie nun langsam zugrunde gehen können, wenn wir ihnen im Leben einmal zufällig begegnen — und sie stehen wirklich auf dem Aussterbestat — im allgemeinen nur Mitleid nachrufen, das wir mit diesen selbstquälenden Sonderlingen empfinden, kaum aber je das Gefühl einer echten Tragik; wieviel weniger im Bühnenwert. „Ach“ — um dieses Ich kreist alles; das ist die Welt dieser Menschen, um die sich das Firmament bewegt. Fragen nach Gott und dem Sinn des Seins erklingen, aber Gesphäre werfen sie auf, die blind und taub auf der Erde stehen. Und so werden diese Fragen weder eine hinreißende Anlage noch eine jubelnde Bejahung, sondern ein hilfloses Gefammel. Hier alte lang dreht sich das Leben im Kreise, und ein Wort aus Barlaams bester Bühnenbildung zu gebrauchen: Es ist ein Ende, aber nie ein Anfang. Man wird innerlich müde und empfindet schließlich das als die Tragik, daß ein Wert, das doch einmal vor echtem Leben durchblutet war, so schnell sterben konnte.

Das hindert nicht, die dramatischen Fähigkeiten Strindbergs erneut zu bewundern. Die Dynamik dieses Dramas, in dem eigentlich jedes Geschehen schlief, ist besonders in den ersten drei Akten stark. Theodor Tagger hatte richtig verstanden, daß einzig dadurch das Werk gegenwartswirkend ist, und der Ausführung einer Art Georg-Kaiser-Antrieb gegeben. Feuerwerk prasselte auf, das weder brennt noch wärmt, aber doch für Augenblicke hell leuchtet und die Aufmerksamkeit erzwingt. Die Befragung des Abends war ausgezeichnet. Theodor Loos als der Wetter, der die Hofatmosphäre des Hofes, das er nach jahrzehntelanger Abwesenheit wieder betritt, sich zu schweren Gemitterwolken zusammenballen läßt, ohne aber daß das Unwetter losbricht und damit die Entspannung herbeiführt, Maria Eis als Frau Alice und Walter Frank als ihr Mann Edgar gaben ein erstaunlich starkes Zusammenspiel. Einzelleistungen gingen darin unter — das beste Lob, das man Schauspielern sagen kann. Besonders im Verlauf des zweiten und dritten Aktes fühlte man innere Spannung fast ohne jede Lockerung, gerade aus der Isolation der einzelnen, von denen jeder in einem abgeschlossenen, luftleeren Raum zu leben schien. Das Bühnenbild Herbert Diepflings traf den Ton des Abends gut.

Oscar Fried wurde vom Berliner Ensemble-Orchester einstimmig als löblicher Dirigent gewählt. In der kommenden Saison werden unter seiner Leitung 29 große Konzerte an Stelle der bisherigen populären Sonntagssapperte stattfinden.

Eine umfangreiche Hebbel-Sammlung aus Elmer Hammonds, die den Grundstock eines Hebbel-Museums bilden soll, wurde von der Stadt Kiel angekauft. Die Sammlung enthält außer seinen literarischen Handschriften einige hundert Briefe von und an Hebbel, wichtige Aktenstücke über ihn und Religionen von Hebbel, seiner Gattin Christine und seiner Jugendgelehrten, Elise Penzlin. Die Gründung des Kieler Hebbel-Museums wird im Frühjahr möglich sein.

Ein Band Gedichte für 100 Millionen Kronen. Auf einer Elmer Bühnenaktion wurde kürzlich ein Bändchen „Gedichte“ von Goethe in der Göttinger Ausgabe von 1815 versteigert, das eine eigenhändige Widmung des Dichters enthält an Wilhelmine Derselle, die jugendliche Freundin des alten Goethe und von ihm im Bild zur Diktion in dem „Wahlverwandtschaften“. Das Buch, das 1909 noch für 350 Mark verkauft wurde, erzielte auf dieser Versteigerung um 17 Tage, den respektablen Preis von 100 Millionen Kronen.

Ein Zwischenspiel und ein Nachspiel.

Zöllner unter sich.

Die Zollberatung, so sehr sie auch eine machtküsterne Parlamentsmehrheit abkürzte, war immerhin lang genug, um eine anständige Blamage der Rationalisten auf Gegenseitigkeit herbeizuführen. Der häusliche Streit zwischen Deutschen und Böhmen hatte sogar ein niedliches parlamentarisches Zwischenspiel zur Folge, das der Deffenlichkeit wenig Interesse bieten würde, wenn ihm nicht nach ein Nachspiel gefolgt wäre, dessen Form bezeichnend genug für die gegenseitige Wertschätzung der Böhmen und der Deutschen wäre. Die Sache entwickelte sich folgendermaßen:

Der Böhme v. Graefe, der zuweilen protestantischer als Papst Luther ist, hatte mit seinen Getreuen einen Antrag zur Zollvorlage eingebracht. Danach sollten die Mindestzölle für Getreide zu den im Kompromiß vorgesehenen Mindestzöllen auf Vieh wieder eingeführt werden, die Umfahsteuer auf Lebensmittel aufgehoben werden. Dazu waren noch einige andere Forderungen gestellt.

Die Tatsache, daß es noch auf der Rechten Leute gab, die mit der Zollvorlage nicht einverstanden waren, verlegte die regierungstreuen Gefühle der „Deutschen Tageszeitung“, des Agrarierorgans, das zwar oft im Namen des Reichslandbundes ähnliche Forderungen wie Herr v. Graefe vertretet und begründet hatte, nun aber auf einmal den Antrag der Böhmen nicht anders als die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge einfach als Zollmagogie bezeichnete. Das Blatt hatte sich zwar nicht die Mühe gemacht, den Antrag der Böhmen durchzulesen, es hatte auch darauf verzichtet, sich die wirklich nicht sehr geistvolle Begründung des Herrn v. Graefe anzuhören. So entstanden einige Fehler in der Wiedergabe des böhmen Antrags in der „D. Z.“ v. Graefe geriet in eine nicht geringe Entrüstung, bezeichnete die Zeitung als böswillig, verlogen, demagogisch. Es kam aber noch besser. Herr v. Graefe verlangte von der deutschnationalen Partei, daß sie von dem Artikel absah, andernfalls behalte er sich gegenüber so unzuständiger Politik die volle Handlungsfreiheit seiner Fraktion vor, die bis dahin dem verhandlungsmüden Parlament mit seiner mächtigen Mehrheit zur Befehlshauptstadt verhalten hatte. An Deutlichkeit ließ die Drohung nun nichts zu wünschen übrig. Sie hätte, wäre sie wahrgemacht worden, die Verabschiedung der Zollvorlage unmöglich gemacht. Bei dem anerkannt weiten Gewissen der Deutschenationalen kam es aber anders.

Nach am Montag, als Graefe seine Philippika hielt, erschien in der „D. Z.“ eine Notiz, in der die Redaktion ihren Rückzug machte, ihn aber nach Richtigstellung des Irrtums mit Ausfällen gegen die böhmische Taktik verbrämte. Im Reichstag selbst wurde das ganze Rednerprogramm umgeworfen. Die Deutschenationalen, die sich an der Debatte nicht beteiligen wollten, schiedten nun doch noch Herrn v. Graefe vor, der mit einer Art Ehrenklärung für seinen böhmischen Kollegen v. Graefe die aufgeregten Gemüter der Böhmen beruhigte. Diese stimmten dann treu und brav für die Regierungsvorlage.

Heute morgen, also nach der dritten Lesung der Zollvorlage, bringt die „Deutsche Tageszeitung“ einen Artikel „Erzwingens Abwehr“ bezeichnet; der Zwang hat eben sehr, sehr langsam gewirkt. Er stellt das Vorgehen v. Graefes als verantwortungslos hin.

„Aber wir werden auch jedem Gesäht widerstehen, uns in Zukunft noch einmal mit dem Abgeordneten v. Graefe unmittelbar in lokaler Weise auseinandersetzen. Erst die gestrige Reichstagsitzung mit seinen von dem ihm wohlwollenden Präsidenten wiederholt gerügten maßlosen Ausfällen hat wieder bewiesen, daß der Abg. v. Graefe sich nicht im mindesten in Zucht zu halten vermag. Wohl oder übel muß man deshalb ihm gegenüber zu anderem Verhalten kommen, als man es auf Menschen von normalen Hemmungen anwenden kann.“

Also: Herr v. Graefe hat den Schutz des § 51, er ist frei von normalen Hemmungen. Das ist zwar noch sehr zart in einem Blatt, das das Attentat auf Scheidemann als ein Attentat mit der Klistersprige bezeichnete, aber da von Graefe doch immer noch loszulassen zur Junft der Großagrarien gehört, ist die Kennzeichnung eigentlich scharf genug.

Germania non necesse!

Jetzt kommt sie philologisch.

Die „Kreuzzeitung“ ist sich dessen wohl bewußt, daß sie mit ihrem rasch berühmt gewordenen Satz ihre wahre Gesinnung allzu unvorsichtig manifestiert hat. Sie unternimmt jetzt eine Flucht ins Gebiet der Philologie, indem sie schreibt:

Wir hätten bisher den Herren vom „Vormärts“ nicht nur etwas mehr historische Bildung, sondern auch etwas mehr Klugheit zugestanden; wir bedauern, daß ihnen auch diese Vorzüge abzugehen scheinen. Das Wort Navigare necesse, vivere non necesse, dieser Sinnpruch der alten Hanfsaat bedeutet nämlich nicht etwa, daß die Hanfa alles Leben vernichten sollte, sondern es sollte damit zum Ausdruck gebracht werden, daß die Schiffsahrt allen anderen Interessen vorgeht; ließ man die Schiffsahrt, so ließ man das Leben.

„Navigare necesse est, vivere non necesse“ heißt auf deutsch: „Seefahren ist notwendig, Leben ist nicht notwendig.“ Sinngemäß: es kommt nicht darauf an, ob menschliche Leben dabei zugrunde gehen, es muß zur See gefahren werden. Nun sagt die „Kreuzzeitung“: „Borussia necesse est, Germania non necesse.“ Sinngemäß: „Nur Preußen erhalten bleibt, mag das Reich ruhig draufgehen!“

Daß diese Auffassung der geschichtlich überkommenen Bestimmung des sich jetzt „deutschnational“ gebenden Untertums vollkommen entspricht, haben wir nachgewiesen.

Räumung der Rheinhäfen.

Zum 25. August.

Paris, 13. August. (WZB.) „Matin“ erzählt, daß Wiesbaden, Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort am 25. August vollkommen geräumt sein würden.

Südslawien wehrt sich.

Wieder 25 bulgarische Komitatschi getötet.

Belgrad, 13. August. (II.) In der letzten Nacht sind 25 bulgarische Komitatschi in der Gegend von Krawadar auf südslawisches Gebiet übergetreten. Südslawische Verfolgungsabteilungen umzingelten die Bande und machten sie nieder.

Die belgisch-amerikanischen Kriegsschuldverhandlungen. Der amerikanische Gegenvorschlag zur Regelung der belgischen Kriegsschulden ist von der belgischen Kommission abgelehnt worden. Es wurde angedeutet, daß die Ansichten der beiden Kommissionen sehr weit auseinandergehen. Die belgische Kommission soll ein Memorandum für die Schuldzahlung beantragen haben, bis Deutschland die gesamten Belgien zustehenden Reparationszahlungen geleistet habe.

Lasttiere.

Wenn ein Pferd zu lange warten oder in der Sonne stehen muß, dann gibt es deutlich Zeichen von Ungebuld und Unwillen von sich. Wir haben es schon erlebt, daß ein Tier verärgert, mitsamt dem Wagen Kellerschufen hinunterzufahren, um seinen Herrn aus schattigem Aufenthalt zum kühlenden Trank wegzuholen. Ja, die vierbeinige Kreatur ist klug. Sie handelt manchmal folgerichtiger als die zweibeinige, und wenn sie sich in ihrem Kerger und ihrer Herzensnot dem Menschen bemerkbar macht, dann freut man sich darüber und findet dies reizend. Nur wehren darf sie sich nicht, sonst nennt man sie ein elendes Vieh und züchtigt sie mit all der Grausamkeit, die dem Menschen zur Verfügung steht. Aber es gibt auch Posttiere, denen man es übel nimmt, wenn sie auch nur das leiseste Zeichen von Unwillen bekunden. Da steht ein junger Mensch, blaß, nicht gerade gut genährt, von rührender Willigkeit und Ergebenheit, und man läßt ihm eine Last nach der anderen auf, ohne auch nur zu fragen, ob er sie noch zu tragen vermag. Er käme schon an, äußerte er von selbst, daß es ihm zu viel sei. Man würde ihn einen schlechten und faulen Arbeiter nennen und ihm höchstens noch mehr aufbürden. Da steht er nun und wenn er geht, weiß er meist keinen Rat, wie er das alles an seinen Bestimmungs-ort bringen soll. Man verlangt von ihm, daß er Kihlet oder Radkünstler oder beides zusammen sei. Aber selbst damit ist seine schwere Rolle noch nicht beendet. Auf der Straße möchte er ausruhen, er legt die Last ab. Was nicht alles an mißbilligenden Blicken auf ihn loszieht! Sie, die gar nichts von körperlicher Arbeit wissen, die niemals munde Schultern und zerklüftene Knochen hatten, nie auf schmerzhaftem Lager über das Risiko der Arbeit nachsinnen mußten — sie alle und am meisten die vornehme Damenwelt — finden Arbeiter von heute träge und darauf bedacht, ihrem Brotherrn das Geld aus der Tasche zu stehlen. Mit dem „armen Tier“ haben sie alle Mitleid — wehe dem Kutscher, der zur Peitsche greift, weil seine Riechenlast eine Begünstigung nicht überwinden kann! —, man gibt dem lieben zugelaufenen Käthen mehr Milch auf einmal, als Kinder während einiger Tage bekommen, und das „gute Hundchen“ kennt Seidentessen, wo Volk auf Lumpen schlafen muß. Für den Menschen hat man nichts übrig, das Lasttier mit den Augen des Gottesebenbildes sieht man nicht, auch wenn es in der Hitze zusammenbricht und schwer erkrankt. Darum, Lasttiere, helft euch selbst — werdet Kämpfer und wagt euch zur Stimmbekundung, wie es sich das ärmste eurer Tierkollegen, verzeiht das Wort, nicht nehmen läßt, und helft die Zeit miterkämpfen, wo es keine menschlichen Lasttiere mehr geben wird!

Kasernenhofton bei der Schupo.

Bekanntlich können es einige beamtete Persönlichkeiten noch immer nicht begreifen, daß es einen neunten November gegeben hat, der die Herrschaft des Militarismus brach. Sie träumen ihren militaristischen Traum weiter und zeigen so gerne, wenn sie nur irgendwie können, ungeschminkt ihre Machtgelüste. Zu diesen Menschen scheint der Polizeihauptmann und Bereitschaftsführer A. von einer Polizeieinspektion im Zentrum Berlins zu gehören, hin und wieder tauchen über ihn merkwürdige Gerüchte auf, die der Wahrheit nicht zu entsprechen scheinen.

Herr Polizeihauptmann A. lebt noch in der miselminischen Aera und glaubt statt Beamte Rekruten vor sich zu haben; er vermag scheinbar auch völlig, daß er selbst ebenfalls nur Beamter ist. Doch vielleicht nimmt er an, daß hässliche Behandlung die Manneszucht unterwöhle und die Beamten zu nachgiebiger Weichlichkeit verführe. Wie dem auch sei, Herr Polizeihauptmann A. vergißt, daß er vielleicht einmal eine gute Kinderstube genossen hat, und gefällt sich in weniger salonsfähigen Ausbrüchen. Sein beliebtestes Bonmot ist „Sie Duffel“ oder „Das ist ja unter aller Sau!“ Aber das sind nur scherzhafte Einfälle, wenn er müde ist, bietet er seinen Unterwachmeistern sogar Ohrfeigen an. Man kann zu diesem Betragen nur bemerken, daß es sich durch besondere Kasernenhofstrenge auszeichnet. Und bei Appellen ist der Herr Polizeihauptmann A. nur strengste Manneszucht. Wehe, wenn der Appell nicht zur Zufriedenheit des Gewaltigen ausfällt, dann werden dienstfreie Tage sofort aufgehoben, und die Beamten werden „geschliffen“ nach allen Regeln alter gehelligter Kasernenhoftradition. Um acht Uhr morgens beginnt die Angelegenheit auf dem Hof mit einer Parade mit Tischen und Büsten und bis zehn Uhr werden dann die Tische geschraubt und gemascht, darauf Appell und zweifündiges strammes Exerzieren. Herr Polizeihauptmann A. leistet damit richtige „Friedensarbeit“. Wenn aber ein Beamter glaubt, daß sich der Herr Polizeihauptmann A. nur einen schlechten Witz erlaube und daß dienstfreie Tage tatsächlich dienstfrei wären, dann wird er sofort aus der Bereitschaft entlassen, der Herr Polizeihauptmann A. kündigt ihm einfach und verbietet ihm, jemals wieder die Kaserne zu betreten. Eigentlich sollten diese Befehle von höherer Instanz kommen. Und unwohl darf bei diesen schimpflichen Übungen niemanden werden; er darf nicht das Glied verlassen.

Was soll aber diese Behandlung? Glaubte etwa der Herr Polizeihauptmann A. dadurch die Diensttreue seiner Untergebenen zu erhöhen. Und weiß er nicht, daß dieser Ton auf seine Untergebenen in ihrem Verkehr mit dem Publikum abfärben kann? Bäre es nicht endlich an der Zeit, daß vorgesetzte Behörden diesem Unflug steuern? Wer sich nicht den neuen Verhältnissen fügen will und es nicht fertig bringt, anders als durch militärischen Drill erzwecklich zu wirken, soll doch lieber seinen Abschied nehmen. Die Republik ist für ihn kein Boden.

„Theorie und Praxis“.

In dem Buch „Das wirtschaftliche Amerika; Wege zur Befreiung unseres Volkes“, Verfasser Herr Dr. Köttgen, Generaldirektor der Siemens-Schuckert-Werke, findet man auf Seite 66 folgende Ausführungen: „Des Nationalbewußtseins herrscht nicht nur in den regierenden Kreisen. Es durchzieht das ganze amerikanische Volk. Nirgendwo sieht man so oft die Nationalflagge. Erscheinen die „Stars and Stripes“ (Sterne und Streifen) auf der Bühne oder der Velanwand, so erheben sich alle Anwesenden. Man pflegt das Nationalbewußtsein. Der Beste in der Schule darf morgens die Flagge hochziehen!“ Man sollte nach diesen Worten annehmen, daß Herr Dr. Köttgen keine Gelegenheit vorüber gehen läßt, um auch das deutsche Nationalgefühl zu pflegen. Doch nichts von alledem. Am Geburtstag der Republik, dem höchsten Nationalfeiertag, standen, wie man uns mitteilt, die vielen Flaggenmasten auf den Siemenswerken leer da, trotzdem die Firma Siemens über einige schwarzrotdene Fahnen verfügt. Das Nationalgefühl ist aber mehr eine Angelegenheit, die man bei anderen bewundert, aber auf die eigenen Verhältnisse aus bestimmten Gründen lieber nicht angewandt wissen will.

Verkehrsunfälle und Volksfürsorge!

Immer mehr gehen wir auf dem Verkehrsgebiet amerikanischen Verhältnissen entgegen. Das Automobil beherrscht die Straßen. Heute schon kommt auf rund 250 Menschen in Deutschland ein Kraftwagen. Die gewaltige Steigerung des Verkehrs hat leider auch eine große Steigerung der Unfälle zur Folge. Die Statistiken reden eine allzu deutliche Sprache. Kann man auch das Schicksal nicht bestimmen, so bietet sich doch die Gelegenheit, die materiellen Sorgen, die sich fast immer bei Unfällen einstellen, zu lindern. Die „Volksfürsorge“ bietet bei tragbaren Prämien zum Selbstkostenpreis eine Lebensversicherung, die nicht nur beim Tode durch Unfall, sondern auch für das Alter eine

legensreiche Aufgabe erfüllt. Die „Volksfürsorge“ zahlt beim Tode durch Unfall und Infektionstranfenteilen ohne jedwede Karenzzeit die volle Versicherungssumme aus. Wer für den schlimmsten Notfall vorzusehen will, wenn das Wohl seiner Angehörigen am Herzen liegt, wer der Allgemeinheit dienen will, der schließt eine Versicherung bei der „Volksfürsorge“ ab und setzt sich mit allen Kräften dafür ein, daß sie bald in allen Familien Eingang findet. Agitationsmaterial wird portofrei von der Rechnungsstelle Berlin, Engelauer 28, übermittelt.

Die Technik der Erpresser.

Das „Institut für Sexualreform“ hatte unlängst eine Vortragsfolge veranstaltet, in der die Reformat des Sanitätsrats Dr. Magnus Hirschfeld über die „Bestrafung sexueller Triebabweichungen“ und des Kriminalinspektors, a. D. v. Trestow über „Erpressungen auf sexueller Grundlage“ den Abschluß bildeten. Zusammenfassend und rückwärtend kann über das in den Vorträgen behandelte Thema gesagt werden:

Die sachliche Kritik, die hierbei von Ärzten und Juristen, von Praktikern und Theoretikern geleistet wurde, wird auf die Gestaltung der Sexualstrafgesetgebung im zukünftigen Strafgesetzbuch wohl nicht ohne Einfluß bleiben. Trestow, ehemaliger Leiter der Berliner Sittenpolizei, schöpfte aus eigener reicher Erfahrung, als er aufs energischste gegen die Paragraphen des Entwurfes Stellung nahm, die vielleicht noch mehr als die entsprechenden Paragraphen des geltenden Strafgesetzbuches geeignet sind, das Erpressertum zu züchten. Er erinnerte an den nicht unbekanntem Fall eines Berliner Landgerichtsrates, der zu einer Massene in Beziehung getreten war und schließlich von ihr derart erpreßt wurde, daß er sein Amt aufgeben mußte. Nicht besser erging es einem sehr bekannten Berliner Rechtsanwalt, der gleichfalls einer Massene in die Hände fiel und ihr sein ganzes Vermögen ausliefern mußte. Ein anderer Beamter hatte die Unvorsichtigkeit, einem Mädchen einen Brief zu schreiben, in dem er sein Bedauern darüber ausdrückte, die Verabredung nicht einhalten zu können, da er „von seiner Majestät zum Frühstück geladen sei und trotz der schrecklichen Langeweile, die seiner da barre, das Essen über sich ergehen lassen müsse“. Der Brief wurde zur Duell langjähriger Erpressungen. Alle drei hatten Trestow aufgesucht, um seinen Rat zu erhalten und alle drei zogen es vor, aus Furcht vor der Deffenlichkeit die Erpressungen über sich ergehen zu lassen. Der § 262 des Entwurfes, der selbst die Verführung von bescholtenen jungen Mädchen unter Strafe stellt und die Verführung von der Zustimmung derselben abhängig macht, wird nach Ansicht Trestows die Erpressungen zu einer noch höheren Blüte bringen. Das gleiche gelte auch von der neuen Fassung des § 175. Er züchtet die männliche Prostitution und somit auch die Erpressungen. Wenn es nicht auch andere Gründe gäbe für seine Abschaffung, so genüge schon dieser Umstand allein. Auch hier führte Trestow eine Reihe von Fällen aus seiner Praxis an. So den Fall des Legationssekretärs der preußischen Gesandtschaft in Dresden, des Grafen v. Hohenau, der Opfer einer ganzen Bande von Erpressern wurde und der schließlich, als der Bericht über die Verführungshandlung gegen die Erpresser in der Presse erschien, seines Postens verlustig ging. Ein anderer Fall betraf einen polnischen Grafen, der diesmal den Erpresser spielte. Ein weiterer handelte von einem Oberbürgermeister und Reichstagsabgeordneten, dessen Schwestern selbst nach dem Tode ihres Bruders von dem Erpresser, der den Verstorbenen materiell ruiniert hatte, nicht verschont blieben. Es folgte der Fall des Mühlensbesizers Radomski, der von seinem Erpresser namens Breuer erschossen wurde und der Fall des Kommerzienrats Israel, der angeklagt, im Prozeß gegen seinen Erpresser einen Meineid geleistet zu haben, es vorzog, aus dem Leben zu gehen. Die Zahl der Opfer von Erpressern, selbst solcher, die freiwillig aus dem Leben geschieden sind, könnte ins Unendliche vermehrt werden. Trestow forderte energischen Kampf gegen den § 175.

Dr. Magnus Hirschfeld stellte dann die These auf, daß als Sexualgesetzgebung eigentlich ein Paragraph genügen müßte, nämlich: mit Gefängnis oder Geldstrafe werden alle diejenigen bestraft, die Gewalt anwenden, Kinder verführen und öffentliches Vergnügen erregen. Hinzuzufügen wäre noch, daß alle Beschuldigten ärztlich untersucht werden müßten. Dr. Magnus Hirschfeld betonte weiter, daß eine ganze Reihe von Paragraphen des Entwurfes zweifelsohne eine Verschlechterung gegen Paragraphen des alten Strafgesetzbuches vorstellen und daß der Gesetzgeber in diesem Falle den neuesten Errungenschaften der medizinischen Wissenschaft in keiner Weise Rechnung getragen habe — den besten Beweis hierfür liefere die eben erst erschienene Begründung des Entwurfes. So erscheine es notwendig, mit voller Energie den Kampf für eine rechtlich und medizinisch einwandfreie Sexualstrafgesetgebung zu führen.

Am Grabe seiner Frau erhängte sich auf dem Friedhof der Zionsgemeinde in Berlin-Nordend der 54 Jahre alte Wächter Adolf Kink aus der Griebenowstraße. Er entfernte sich gestern vormittag aus seiner Wohnung mit dem Bemerkten, daß er die Blumen auf dem Grabe seiner Frau pflegen wolle. Als er am Nachmittag noch nicht wieder nach Hause gekommen war, gingen seine Verwandten, Böses ahnend, nach dem Friedhofe und fanden den Mann an dem Grabstein seiner Frau erhängt auf. Kink war nach dem Tode seiner Frau schwermütig geworden und konnte ihren Verlust nicht verwinden.

Charlottenburger Beratungsstelle für Geschlechtskrankheiten. Die Sprechstunden finden im Charlottenburger Krankenhaus, Kirchstraße 19/20 sowohl für Männer wie für Frauen (nach Geschlechtern getrennt) Montag und Donnerstag von 8 bis 9 Uhr abends und Mittwoch und Sonnabend von 12 bis 1 Uhr mittags statt. Beratungsbedürftige werden unentgeltlich untersucht und beraten. Kennung des Namens nicht erforderlich. Eine Behandlung findet in der Beratungsstelle selbst nicht statt.

Die Hanauer Typhusepidemie.

Hannau, 13. August. In vergangener Nacht ist wiederum ein Typhustranker gestorben. Die Zahl der Erkrankten hat sich im Laufe des gestrigen Tages um neun Personen erhöht, so daß nunmehr 82 Fälle von Typhus festgestellt sind, darunter fünf Fälle von Paratyphus und Typhusverdachtsfälle. Im ganzen sind bisher fünf Personen gestorben.

Fünf Personen vom Blitz erschlagen.

Komno, 13. August. In dem Ort Poniemon schlug ein kalter Blitz in das Haus eines Besitzers und tötete fünf Personen. Eine weitere Person wurde lebensgefährlich verletzt.

Ein grauenregender Unglücksfall ereignete sich im Riesengebirgsorte Roshly. Eine Berliner Gesellschaft land am Rüdwege von der Resselkoppe den Grundbesitzer Schwanda aus Roshly bemußlos in einer Grube auf. Dem Manne ging ein Draht durch das Auge und den Kopf. Mit diesem Drahte hatte er vor zwei Stunden seine Wasserleitungsröhren gereinigt und war bei der Arbeit gesehen worden. Nach längerer Zeit traf ärztliche Hilfe ein, eine Krankehenkammer entfernte den Draht, der Verunglückte aber starb bald darauf ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Offenbar ist Schwanda, der einen Schlaganfall erlitten haben soll, in den Draht gestürzt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

24. Okt. 1. Die heutige Funktionärsversammlung findet bei Köster, Emanuel Kirchstr. 26, statt. 25. Okt. 1. Heute abend 8 Uhr Funktionärsversammlung bei Köster, Emanuel Kirchstr. 26. 26. Okt. 1. Morgen, Freitag, abends 1/2 8 Uhr, Funktionärsversammlung beim Grollen Regel, 1. Gensendstraße. Die Vorstandsmitglieder werden gebeten, eine halbe Stunde früher zu erscheinen. Jungslawien. Gruppe Zankwitz: Freitag, abends 8 Uhr abends, im Restaurant „Garten“, Kaiser-Bildmalerstr. Vortrag des Genossen Maron über die deutsch-slawische Sozialdemokratie.

Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaftliche Jugendkonferenz.

Während Hamburg sich noch auf den Besuch der Zehntausende von sozialistischen Arbeiterjugend- und -mädchen vorbereitete und die früher angekommenen Teilnehmer dem Straßenbild in der Umgebung des Gewerkschaftshauses bereits ihr Gepräge gaben, waren etwa 200 jüngere und ältere Gewerkschaftler im Hamburger Gewerkschaftshaus zu erster Arbeit für die Jugend versammelt. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hatte der dritten Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit das Gesamthema: „Jugend und Beruf“ zur Behandlung gestellt. Ernst Rietich, Jugendsekretär des Textilarbeiterverbandes, zeigte in einem gut durchgearbeiteten Referat die grundsätzliche Bedeutung dieses Problems. Die industrielle und technische Entwicklung schaltet den Berufsgedanken für immer größer werdende Schichten der Arbeiterschaft, also auch der Jugend, als Gemeinschaft bildenden und damit Lebensinhalt gebenden Faktor, aus. Die Forderungen nach erhöhtem Jugendschutz und Gewährung genügender Freizeit (Urlaub) sowie der Beeinflussung ihrer Verwendung können erst, in diesem Zusammenhang betrachtet, richtig gewürdigt werden. Aber doch sind sie nur ein Notbehelf, denn die Arbeit gerät dadurch aus dem Mittelpunkt des menschlichen Daseins heraus, kommt in die Stellung eines notwendigen Lebens. Technische und geistige Umstellungen des Produktionsprozesses sowie eine andere Form der ganzen Wirtschaftserfassung sind notwendig, wenn der Arbeiter wieder in ein organisches Verhältnis zu seiner Tätigkeit kommen soll.

Während ein Teil der zahlreichen Diskussionsredner dem Referenten durchaus zustimmte, hob andere hervor, daß an die Stelle der Berufssolidarität heute die Klassenolidarität getreten sei. Brutal offen wurde von einem Redner dem Gefühl des Hasses der Arbeit Ausbruch verliehen; andere dagegen legten dar, wie auch sogenannte „ungelehrte“ Beschäftigten in den Arbeitern das Bewußtsein des Wertes ihrer Persönlichkeit entstehen lassen. So zeigte sich auch in der Aussprache die in der Wirklichkeit vorhandene Verschiedenheit der Verhältnisse, die auch bei der sich anschließenden Behandlung der Themen: „Gewerkschaften und Berufsschule“ sowie „Die Berufsausbildung in der Gewerbe- und Industrie“ in Erscheinung trat. Paul Koste, Berlin konnte als Berufsschullehrer den ersten Gegenstand leicht mit gründlicher Sachverständigkeit behandeln; die Gewerkschaften müssen als berufliche Organisationen Mitwirkungsmöglichkeiten haben. Der Unterricht in Staatsbürger- und Lebenskunde muß zeitgemäß gestaltet werden, also Betriebsräte, Arbeitsrecht, Tarifverträge usw. miteinbeziehen. Die Erstellung von Religionsunterricht ist nicht Aufgabe der Berufsschule. Die reichsgesetzliche Regelung der Berufsschulfragen ist notwendig, damit der notwendige Weiterausbau erfolgen kann. Eine einstimmig angenommene Entschließung unterstrich die Forderungen des Referats und unterstützte den Gesandtenwurf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die gefällige

Neugestaltung des Lehrlingswesens

wurde von Richard Timm (Holzarbeiterverband) einer eingehenden Betrachtung unterzogen. Der bekanntgegebene Referentenentwurf für das Berufsausbildungsgesetz sieht wohl die Mitwirkung der Arbeiterschaft vor, jedoch erhält das Handwerk wieder eine gewisse Vorzugsstellung. Zweifellos sind wesentliche Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Zustand vorhanden, doch waren auch offene Verschlechterungen, wie bei der Festsetzung der Dauer der Lehrzeit, zu kritisieren. Die Konferenz fordert von der Regierung Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Forderungen und beschleunigte Vorlage des Entwurfs im Reichstag.

Auf die Einzelheiten der Mitwirkung der Gewerkschaften an der Regelung der Lehrverhältnisse ging Albrecht Fülle vom Buchdruckerverband ein. Aus seiner Praxis konnte der Redner zeigen, wie durch intensive Mitarbeit der Gewerkschaften es möglich ist, die jungen Menschen vor Ausbeutung und Vergeudung der Lehrzeit zu bewahren. Die kommende Gesetzgebung wird Bedarf nach einer großen Zahl von tüchtigen Gewerkschaftlern für die Lehrlingskommissionen erzeugen. Hierbei müsse sich erweisen, daß mit praktischer Arbeit zu leisten in der Lage sind.

Den Referaten war ein Bericht über die seit 1922 geleistete gewerkschaftliche Jugendarbeit vorausgegangen. Die Zahl der organisierten Jugendlichen (zurzeit 267.000) war etwa in demselben Verhältnis wie die Gesamtmitgliedszahl zurückgegangen, doch konnte festgestellt werden, daß die innere Verbundenheit mit der Organisation eine stärkere geworden ist. In mehr als 1200 Abteilungen erfasste die Verbände die Jugend; in neun selbständigen Jugendzeitungen wie in etwa ebensoviel Jugendbeilagen zu den Gewerkschaftsblättern wird wertvolle Bildungsarbeit an ihr geleistet. Die Konferenz forderte über das Geleistete hinaus Funktionärschulung durch ein besonderes Organ sowie durch Kurse und auf Bezirkskonferenzen; sie erklärte die Schaffung eines Ferienheims für wünschenswert. Erneut wurde von der Konferenz ausgesprochen, daß eine Abgrenzung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit gegenüber der sozialistischen Arbeiterjugend nicht möglich sei; je nach den örtlichen und beruflichen Verhältnissen muß die Möglichkeit offen bleiben, Veranstaltungen aller Art zu treffen. Dieser Standpunkt wurde damit begründet, daß es oft notwendig sei, gegenüber der mehr auf „höhere Ziele“ gerichteten Einstellung der „Arbeiterjugend“ und der „Jugendsozialisten“, in der Jugend mehr Verständnis für reale Tatsachen zu erwecken.

Die gemeinsam mit den Vertretern der Arbeiterjugend-Bereine veranstaltete Kundgebung für Ferien- und Jugendschutz bildete den Abschluß der Veranstaltung. Ihr Verlauf hat gezeigt, daß die Träger der gewerkschaftlichen Jugendarbeit mit Ernst und Eifer an ihrer Aufgabe schaffen.

Protest der Postbeamten.

Scharfe Kritik an der Politik des DBB.

Der Reichsverband deutscher Post- und Telegraphenbeamten, Bezirk Berlin, der dem DBB angehört, hatte zu Mittwochabend nach den Kommerztagen eine Protestversammlung einberufen, um zu den Besoldungsfragen Stellung zu nehmen. Interessant war, daß eine ganze Anzahl von Reichstagsabgeordneten der Parteien, die in Opposition zur Regierung stehen, erschienen war, aber niemand von den Regierungsparteien.

Der Referent des Abends, Hilfspostkassierer Koloff, führte aus, daß die Beamten der unteren Klassen nicht gewillt seien, sich mit der Anerkennung ihrer Kollage zufrieden zu geben. Dieselben Parteien, die von den Beamten zum Teil gewählt wurden auf Versprechungen hin, daß sie sich für die Beamten einsetzen würden, haben im Reichstage vollkommen versagt. Die Rot der unteren Beamten ist aufs Höchste getrieben und unerträglich. Ein lediger Postkassierer erhält heute ein Nettoeinkommen von 104,76 Mk. monatlich. Es muß darauf gedrungen werden, daß der Deutsche Beamtenbund aus seiner Neutralität heraustritt, und daß Männer, wie der deutsche Reichstagsabgeordnete Schmidt und der Zentrumsgewählte Koch, die für die berechtigten Gehaltswünsche der Beamten nicht zu haben sind, aus den Reihen entzogen werden. Es ist notwendig, daß sich Männer finden, die den Kampf gegen die unerhörte Besoldungspolitik der Regierung und des Parlamentes mit aller Schärfe aufnehmen.

Die zahlreichen Entrüstungsrufe und der laute Beifall, welcher die Ausführungen des Redners und auch der nachfolgenden zahlreichen Diskussionsredner begleitete, kennzeichnet die Erregung und die Verzweiflung, in der sich die unteren Klassen des Beamtenums infolge der völlig unzureichenden Besoldung befinden. In der Diskussion führten unsere Genossen Bender und Seppel, den völkischen Abgeordneten von Ramin, der es wagte, die Annahme des Dawes-Planes für unser Geld vorantreiben zu machen, recht gründlich ab. Sie wiesen darauf hin, daß gerade die Kreise, die Herrn von Ramin nahesteht, für den Verlust des Krieges verantwortlich sind und daß dieser Verlust letzten Endes nur der Grund alles wirtschaftlichen Elendes in Deutschland ist. In der Diskussion kam dann mehrfach der Wunsch zum Ausdruck, daß der Deutsche Beamtenbund aus seiner neutralen Politik herausschreiten müsse und im Anschluß an Arbeiter und Angestellte eine mehr freigewerkschaftliche Politik treiben müsse. (Wünsche und Protest hielten beim DBB nicht; hier hilft nur die Tat.) Es wurde dann eine Entschließung im Sinne des Referenten angenommen.

Wie man die Optanten mißbraucht.

Als Streikbrecher und Lohndrücker.

In der chemischen Fabrik von J. D. Riedel u. Co. in Reutlingen streikten die Arbeiter und Arbeiterinnen, weil die Firma sich hartnäckig weigert, der seit Abschluß des Tarifvertrages eingetretenen Lohnerhöhung Rechnung zu tragen. Sie besteht auf ihren Schein. Die Belegschaft aber erklärt, daß höher als das geforderte Wort das Recht zum Leben steht. Die Erbitterung der Belegschaft wurde noch gesteigert durch ein durchaus ungerichtetes Prämiens- und Zulage-system, das abzuändern die Firma sich hartnäckig weigert.

Nachdem die Belegschaft die Arbeit niedergelegt hat, bemüht sich die Firma, Streikbrecher heranzuziehen, und zwar benutzt sie dazu Optanten, die ihr merkwürdigerweise zugewiesen werden und deren Kollage man ausnutzt, um sie zu Streikbrechern zu machen. Gegen einen derartigen Mißbrauch kann gar nicht energisch genug protestiert werden. Haben denn die verantwortlichen Stellen kein Gefühl dafür, in welche unmögliche Lage man die Optanten bringt, wenn man sie als Streikbrecher und Lohndrücker mißbraucht?

Da die Firma Riedel auch sonst von überall Streikbrecher heranzuziehen sucht, machen wir die Parteipresse ausdrücklich darauf aufmerksam.

Zur Aussperrung in den Mühlen.

Die vom Arbeitgeberverband der Mühlenindustrie verfügte Aussperrung ist bis jetzt noch nicht restlos durchgeführt worden. Die Salomonmühle, einer der größten Betriebe, hat sich dem Aussperrungsbescheid des Arbeitgeberverbandes nicht gefügt und läßt in ihrem Betriebe weiterarbeiten.

Im übrigen hat es den Anschein, als ob diesen Mühlenbesitzern die ihnen aufgezwungene Aussperrung nicht angenehm ist. Mit allen möglichen Mitteln versuchen einzelne Unternehmer, dringende Arbeiten in ihren Betrieben durch ausgesperrte Arbeiter verrichten zu lassen. Die Mühlenarbeiter lehnen es aber ab, irgendwelche Arbeit zu leisten, da sie ja mit Ausnahme der Belegschaft der Humboldtmühle, nicht in den Streik getreten sind, sondern von den Unternehmern rücksichtslos auf die Straße gesetzt wurden. Wenn die Unternehmer ein Interesse an der Wiederaufnahme der Arbeit haben, brauchen sie sich nur an die Arbeitnehmerorganisation zu wenden, damit der Konflikt durch Verhandlungen beigelegt werden kann.

Die Landarbeiter in täglicher Lebensnot.

Gelegentlich der Sitzung des Niedersächsischen Provinzialausschusses trat auch der Vorstand der Schlesischen Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft zu kurzen Beratungen zusammen. Der den Besprechungen zugrunde gelegte Jahresbericht enthält eine wertvolle Uebersicht über die Tätigkeit der Genossenschaft bezüglich der Durchführung der Unfallversicherungsvorschriften in der schlesischen Landwirtschaft. Der Geschäftsbericht der Revisionen erstreckte sich auf den ganzen Genossenschaftsbezirk, in welchem 266.504 versicherte Betriebe, und zwar 253.208 Hauptbetriebe und 13.296 Nebenbetriebe vorhanden sind. Das Ergebnis der Betriebsrevisionen war folgendes: In 127 Guts- und 294 Gemeindebezirken wurden 3092 Hauptbetriebe und 43 Nebenbetriebe revidiert. Hierbei wurden in 3897 Hauptbetrieben und 37 Nebenbetrieben Besatzungen einzelner Einrichtungen vorgenommen, während nur 95 Hauptbetriebe und 6 Nebenbetriebe völlig in Ordnung befunden wurden. In den beanstandeten Hauptbetrieben wurden 20.522, in den Nebenbetrieben 109 Mängel, zusammen 20.631 Mängel vorgefunden. Die festgestellten Mängel betrafen in der Hauptsache folgende Betriebsrichtungen: Hölz- und Kraftmotoren, Dreschmaschinen, Grünfutter- und Siedeschneidmaschinen, Scheunen- und Hofställe, Treppen, Leitern, Einsteige- und Wurzlöcher, Gerüste, Bühnen, Oberböden. Ein Teil der Betriebsunternehmer ist der Aufforderung zur Abstellung der Mängel nicht nachgekommen. In 1414 Fällen mußte die Beseitigung der Mängel durch Strafen erzwungen werden. Die Höhe der Strafen wurde bemessen nach der Anzahl der Mängel und der Größe des Betriebes. Im ganzen sind 5132,00 Reichsmark an Strafgeldern eingegangen.

Zentralverband der Maschinen- und Feiler sowie Berufsgenossen Deutschlands (Gesellschaft des Grob-Berufs). Sonnabend, morgens 10 Uhr im Saal des Gewerkschaftshauses, Engelstraße 125, Versammlung aller im Streik befindlichen Bauernmaschinen, Feiler, Metzlarbeiter. Ähnliches und zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.

Wirtschaft

Vorübergehende und kurzfristige Gemeindef Kredite.

Aus einem gemeinsamen Rundschreiben des Preussischen Ministers des Innern und des Finanzministers teilt der Amtliche Preussische Pressedienst folgendes mit: Die augenblicklich bestehende Schwierigkeit, selbst für die dringlichsten Aufgaben langfristigen Kredit zu erhalten, darf nicht dazu verführen, sich in einer die Liquidität gefährdenden Weise an Stelle langfristigen Kredits mit kurzfristigem Kredit zu befehlen. Es wird deshalb die Beobachtung folgender Grundsätze den Kommunalverwaltungsbehörden, Gemeinden, Landesbanken usw. besonders ans Herz gelegt.

Der vorübergehende Kredit ist lediglich ein kassen-technischer Notbehelf, der vorübergehenden Erfolg für noch nicht fällige ordentliche Einnahmen schaffen soll, um die durch sie zu bedeckenden Ausgaben rechtzeitig leisten zu können, niemals aber dazu mißbraucht werden darf, um die Einnahmen über das planmäßig bestimmte Maß hinaus zu erhöhen. Hieraus folgt zwingend, daß vorübergehende Kredite nur zur Befreiung laufender ordentlicher Ausgaben ausgenommen werden dürfen. Ein Kredit, der hiernach nicht als vorübergehend anzusehen ist, bedarf der Genehmigung gemäß den Gemeindeverfassungsgesetzen; ein Kreditvertragsabschluss ohne Genehmigung ist rechtlich wirkungslos. — Das Maß des vorübergehenden Kredits wird lediglich durch die Kassenlage bestimmt und muß daher in einem natürlichen Verhältnis zum Umfang des Kassenumschlags der einzelnen Gemeinde stehen.

Jeder Kredit, der nicht im obigen Sinne vorübergehend ist, ist eine Anleihe, durch die der Schuldenbestand vergrößert wird, gleichgültig, ob er lang- oder kurzfristig ist. Er bedarf stets der Genehmigung. Bei der Verwendung für nicht verbundene Anlagen, bei denen die für eine langfristige Tilgung erforderlichen Mehrerträge nicht herausgewirtschaftet werden können, wird in der Regel nur langfristiger Kredit in Betracht kommen; angesichts der gegenwärtigen Schwierigkeit langfristiger Kreditbeschaffung werden aber unter Umständen Ausnahmen zugelassen sein, wenn es sich um die Erfüllung ganz unaufschiebbarer Aufgaben handelt. Auch dann aber darf die Aufgabe keinesfalls auf Kosten der Liquidität der Gemeinde ausgeführt werden.

Reichsbankausweis. Während der ersten Augustwoche gingen die Kredit- und Zahlungsmittelanforderungen der Reichsbank gegenüber dem starken Ultimobedarf zurück. In umfangreichem Maße wurden Wechselkredite an die Bank zurückgezahlt. Der Banknotenumlauf verminderte sich um 57,7 auf 2472,7 Millionen Reichsmark, der Umlauf an Rentenscheinen um 81,1 auf 1621,9 Millionen Reichsmark. Im ganzen gelangten auf 138,8 Millionen Reichsmark an papierernen Zahlungsmitteln zur Reichsbank zurück. Dabei haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenscheinen von 134,5 auf 215,5 Millionen Reichsmark erhöht.

Die Gold- und Deckungsbestände erschienen in ihrem Gesamtwert — 1472,2 Millionen Reichsmark gegenüber der Vorwoche unvorändert, wovon 1115,7 Millionen Reichsmark auf Gold und 356,5 Millionen Reichsmark auf Devisen entfielen. Die Notendeckung durch Gold und Deckungsdevisen zeigt eine Besserung von 58,2 auf 59,5 Proz., die Deckung durch Gold hob sich von 43,6 auf 45 Proz. Die Scheidemünzenbestände nahmen um 0,4 auf 67,1 Millionen Reichsmark zu.

Gegen wilde Börsengerächte, die in der letzten Zeit wiederholt die Stimmung des Aktienmarktes beeinträchtigt haben, wenden sich jetzt auch zwei Kundgebungen von Großkonzernen. Die Phönix u. Co. für Bergbau und Hüttenbetrieb erklärt, daß sie keinerlei Vorratsaktien bisher verkauft habe, noch beabsichtige, irgendwelche Aktien dieser Art auf den Markt zu werfen. Die Zentralverwaltung der Aktiengesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb tritt den Gerüchten entgegen, wonach sie in finanzielle Schwierigkeiten geraten sei. Sie habe weniger Schulden als andere Unternehmungen des Ruhrgebietes. Zur Beschaffung von Betriebskapital habe sie allerdings einige Aktienpakete von Unternehmungen, an denen sie weniger interessiert ist, verkauft.

Gegen das Ueberhandnehmen von Messeveranstaltungen. Die Amtliche Preussische Pressedienst teilt, hat der Preussische Minister für Handel und Gewerbe in einem Rundschreiben an die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten sowie die Industrie- und Handelskammern darauf hingewiesen, daß das Ausstellungs- und Messewesen in der letzten Zeit in bedenklicher Weise angewachsen sei. Den genannten Stellen ist daher äußerste Zurückhaltung gegenüber unwirtschaftlichen Ausstellungs- und Messeveranstaltungen anempföhlen worden. Sie sind darauf hingewiesen, daß eine Förderung solcher Veranstaltungen nur nach Prüfungnahme mit den beteiligten Wirtschaftskreisen erfolgen soll.

Die Eisen- und Stahlwarenindustrie im Juli. Die Lage der Deutschen Eisen- und Stahlwarenindustrie im Monat Juli 1925 war nicht einseitig. Teils hat sie sich gegen den Vormonat verschlechtert, teils ist sie im großen und ganzen gleich geblieben. Eine Besserung ist nirgends eingetreten. Allgemein wird über den schlechten Zahlungseingang geklagt. — Im Export ist die Geschäftslage kaum günstiger. Die Aufträge reichen nicht überall aus und die Zukunftsaussichten sind wenig erfreulich. Die Kündigung des spanischen Handelsvertrages hat in Industrie und Handel lebhafteste Genunruhe hervorgehoben, da Spanien ein gutes Absatzgebiet war.

Ein Reichskommissar für das Handwerk und Kleingewerbe. Amtlich wird mitgeteilt: Auf Grund der Besprechungen beim Herrn Reichskanzler über die Schaffung einer Stelle, die für die besonderen Interessen des gewerblichen Mittelstandes in allen Zweigen der Reichsverwaltung einzutreten sollte, ist Herr Ministerialrat Dr. Hoppe zum Reichskommissar für das Handwerk und Kleingewerbe ernannt worden. Er war bisher im Reichswirtschaftsministerium und hatte dort das Referat für Mittelstand und Handwerk über ein Jahr direkt unter dem leitenden Staatssekretär inne.

Normen auf der Leipziger Messe. Der Normenausschuß der deutschen Industrie stellt auch in diesem Jahre auf der Leipziger Messe die Ergebnisse seiner Normierungstätigkeit aus, um den interessierten Wirtschaftskreisen die Möglichkeit zu geben, sich über den Stand des Normierungswesens zu informieren.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter: Reichstag; Heinz Sternau: Gewerkschaftsbewegung; Dr. Götter: Sozialismus; Dr. Sahn: Schismen; Politik und Sozialismus: Fritz Reuß: Kämpfer; Dr. Götter: Jüdisch in Berlin. Verlag: Normier-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Normier-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S. O., Lindenstraße 2.

Wer den echten **Kapitän - Kautabak** noch nur einmal versucht hat, wird ihn nicht mehr entbehren wollen. Der Kapitän hat einen **eigenartigen feinen Geschmack**, ist **schonhändischer** Art aus reinem Kentucky hergestellt. Verkaufsstellen überall; werden auch nachgewiesen durch den Generalvertrieb **C. Röcker**, Berlin, Lichtenberger Str. 22. (Königst. 3361).

Erfinder — Vorwärts!
Istrebende gute Verdienstmöglichkeit! Erfüllung und Karriere geht **Vorwärts!**
„Ein neuer Geist“
gratis buch: Erdmann & Co., Berlin, **Rheinischer Straße 11.**

Und geht einmal das Geld zur Neige **kauf auf Kredit bei Arthur Scheige Garderobe** für Damen und Herren **Gardinen • Wäsche • Teppiche • fertige Betten** **Neu aufgenommen: Metallbettstellen** **Oberschönewalde, Siemensstraße 14** **Zweites Geschäft: Moabit, Erasmusstraße 1** **Jeder Käufer erhält bis zum 1. August ein Kaffee-Service gratis.**

Metalbettstellen **Korbstühle, Kinderwagen** **Haben Sie Wanzen? Mothesin.** So greifen Sie sich raschsten Vermehrung der Wanzen und deren Brut. **Arth. Mothesin**, Berlin S. O., **Wilmersdorfer Straße 41.** **Sozial. Schönewalde, Berlin, S. O., Wilmersdorfer Straße 41.** **H. Bähr**, Spittelmarkt 1

Bären-Stiefel **Qualitätsstiefel** für **Strasse und Sport** **H. Bähr**, Spittelmarkt 1

Discret Teilzahlung bei sofortiger Lieferung BALL **Gr. Frankfurt-Str. 47** **gegenüb. Markusstr.** **Reparaturen anrufen Alex. 3166**

Insere im Vorwärts **haben Erfolg!**